

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/53

NÜRNBERG - SPD-Parteitag
18. März 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 1 a Brandt formt das Geschichtsbild der Nation 96
Der Rechenschaftsbericht des SPD-Vorsitzenden

2 - 2 a Hier waren Provokateure am Werk 73
Zu den Demonstrationen bei der Eröffnung des SPD-Parteitages

3 - 4 Gemeinsames Ziel - Gemeinsamer Weg 93

Von Dr. Bruno Pittermann,
Präsident der Sozialistischen Internationale

5 - 7 Handeln bevor die Dämme brechen! 114

Die Aufgaben der reichen Industriestaaten
Von Hans-Jürgen Wischniewski
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

* *

*

Außenpolitisch konnte seit 1966 die Gefahr der Isolierung der Bundesrepublik abgewandt werden. Es wurde eine neue Politik der Entspannung und des Brückenschlages eingeleitet, und sicher hat Willy Brandt die Gedanken von Millionen Deutschen zum Ausdruck gebracht, als er in diesem Zusammenhang sagte, die Entspannungspolitik sei vor allem die beste und billigste Politik.

An die Adresse von Ostberlin gewandt sagte der SPD-Vorsitzende, zu den Aufgaben des deutschen Volkes gehöre es, seinen Teil zur Überwindung des Ost-West-Gegensatzes zu leisten. Hierbei gehe es aber nicht um blutleere juristische Positionen, sondern um die Tatsache, daß in Hamburg und Leipzig Deutsche wohnen, die sich gegenseitig nicht als Ausländer betrachten. Deswegen wird die SPD das schon auf dem Dortmunder Parteitag angeregte offene Gespräch mit der Führung im anderen Teil Deutschlands nicht zu Akten legen.

* * *

Gerade auf diese Passagen wird man im Verlauf des Nürnberger Parteitages noch häufig zurückkommen. Es geht hierbei um die Rolle, die die Bundesrepublik als Friedensfaktor spielen kann und muß. Dazu gehören auch Brandts Bemerkungen über den Krieg in Vietnam sowie die Solidaritätsverpflichtung gegenüber den Opfern aller Diktaturen. Beides wird zum Abschluß des Parteitages in gesonderten Entschließungen festgehalten werden. Auch die Probleme der Gesetzgebung zur Sicherung der Demokratie in Notzeiten und der Wahlrechtsreform werden gesondert behandelt werden.

* * *

Mit tiefer innerer Erregung setzte sich Willy Brandt mit der Existenz der NPD und ihren üblen Nebenerscheinungen auseinander. "Neonazismus ist Verrat an Land und Volk... Ich meine, man sollte nicht zu lange warten, um die Voraussetzungen für eine Feststellungsklage vor dem Bundesverfassungsgericht zu prüfen."

Sicher in der Überlegung, daß gerade dieses Problem viele Ansätze zu nationalistischen Emotionen bietet, hat Brandt zum Abschluß seiner großen Rede noch einmal auf die Verpflichtung hingewiesen, unser Verhältnis zu den östlichen Nachbarn, besonders zu Polen, vernünftig zu ordnen. Die bestehenden Grenzen in Europa dürfen nicht durch Gewalt verändert werden und die Bundesregierung ist zu entsprechenden Übereinkünften bereit. Niemand vergißt die Sorgen der Heimatvertriebenen. Aber gerade deshalb, weil diese Sorgen so brennend sind, muß die Versöhnung der Generationen hüben und drüben angestrebt werden. Es ist eine Realität, daß 40 Prozent der Menschen, die in jenen Gebieten leben, schon dort geboren wurden. Niemand ist so verrissen, an eine neue Vertreibung zu denken. "Wir wollen und brauchen j e t z t die Versöhnung mit Polen, ohne zu wissen, wann unser Volk seine staatliche Einheit durch einen Friedensvertrag finden wird. Daraus ergibt sich die Anerkennung bzw. die Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedensvertraglichen Regelung... Alle Völker sollen in der sicheren Gewissheit leben können, daß Grenzen nicht mehr gegen ihren Willen verändert werden können."

* * *

Diese Rede Brandts wird in die Geschichte eingehen. Sie ist mutig, der Wirklichkeit entsprechend und wegweisend für eine deutsche Politik, die viel viel mehr ist, als das Vor-sich-herschieben unbequemer Tatbestände.

+ + +

Hier waren Provokateure am Werk

Zu den Demonstrationen bei der Eröffnung des SPD-Parteitag

sp. - Nur mit Scham, Trauer und tiefer Bestürzung kann man registrieren, was am Sonntagnachmittag, dem Eröffnungstag des SPD-Parteitag, vor den Haupteingängen zur Meistersingerhalle geschah. Vorausgegangen war eine vom Kuratorium "Notstand der Demokratie" veranstaltete Demonstration mit dem Staatsrechtler Professor R i d d e r als Hauptredner. Was ist das für ein merkwürdiges Kuratorium, das Truppen mobilisiert, die zur Demokratie nur eine lose, wenn überhaupt eine, Beziehung haben? Das konnte man an den vielen Transparenten ablesen. Der Platz der Demonstration befand sich etwa 200 Meter vom Tagungsort der SPD entfernt. Es mögen etwa 2 500 bis 3 000 Menschen versammelt gewesen sein, herbeigeholt und zusammengerufen aus vielen Teilen Bayerns. Das Recht auf Demonstration ist allen Bürgern unbenommen. Es ist im Grundgesetz verankert. Die Nürnberger Behörden bewiesen sogar Großmut, als sie die Demonstration in der Nähe der Tagungsstätte gestatteten, obwohl sie die Möglichkeit von unliebsamen Zwischenfällen in Rechnung stellen mußten.

Die Gründer des Kuratoriums "Notstand der Demokratie" sind ein Personenkreis der verschiedensten politischen Richtungen. Ob sie auch berufen sind, die angeblich durch die Notstandsgesetzgebung bedrohte Demokratie zu schützen, mag dahingestellt bleiben. Es besteht sogar Grund, an der Aufrichtigkeit dieses Wollens zu zweifeln, zumindest aber fehlt ihnen die Einsicht und die Kenntnis der wirklichen Zusammenhänge. Professor Ridder, der bei den Hearings zur Notstandsgesetzgebung im Bundestag keine herausragende Figur machte und sich auf weiten Strecken dieser schwierigen Materie durch Unkenntnis auszeichnete, vermittelte den Eindruck, als habe sich an den seinerzeit von den damaligen Bundesinnenministern Schröder und Höcherl dem Bundestag vorgelegten Entwürfen zur Notstandsgesetzgebung kaum etwas geändert und als sei die SPD drauf und dran, ihre eigene Geschichte, ihre große Tradition schmachlich zu verzerren.

Die ganze Demonstration erzielte den Charakter einer Kampfansage gegen die SPD - jener Partei, die sich zu keiner Zeit seit ihrem Bestehen einer Diktatur fügte oder sich zu Handlangern irgendeiner Diktatur hergab und die deshalb schwere Verfolgungen auf sich nehmen mußte. Ihre Mitwirkung an der Notstandsgesetzgebung soll und wird gerade verhindern, daß antidemokratische Elemente unter Berufung auf den Notstand zum Zuge

kommen. Ginge es nach Herrn Ridder, wäre die Stunde der Not die Stunde der Exekutive.

Es gibt diese und andere Gegner der Notstandsgesetzgebung. Der Teil der Demonstranten, der sich von der Hauptdemonstration absplitterte und in den Nachmittagsstunden zum Haupteingang der Meistersingerhalle zog, um die Führungsspitzen der SPD am Eintritt in die Halle zu hindern, mißbrauchte auf eine infame Weise das Recht auf Demonstration. Es kam zu tätlichen Angriffen auf Willy Brandt und Herbert Wehner. Versuche, mit den Angreifern zu diskutieren, fanden ein höhnisches Echo. Das war keine Jugend mehr, die ihren Unmut gegen bestehende gesellschaftliche, als Unrecht empfundene Tatbestände, bekundete - das war ein von Abbeuren und Provokateuren gelenkter Pöbelhaufen, dem es um alles andere ging als um die Sicherung der Demokratie und die Herbeiführung einer gerechten Ordnung im Staat. Nazistische und linkeradikale Elemente fanden sich hier zusammen, und in ihrem lautstarken Rufen klang ein Vokabular an, das aus dem Wörterbuch des Unmenschen stammt, aber auch aus dem Sprachgebrauch der Kommunisten der dreißiger Jahre, die zu den Totengräbern der Weimarer Republik zählten. Diese Leute hatten es auf Provokation abgesehen. Die Polizei in kluger Zurückhaltung vermied es, ihnen die Glorie verfolgter Märtyrer zu gewähren.

Die betrüblichen Begleiterscheinungen im Vorfeld des Parteitages der SPD werden Episode bleiben. Es kommt ihnen kein Gewicht zu und sie besagen auch nichts über die wirkliche Einstellung einer kritisch gewordenen und aufbegehrenden Jugend. Diese Jugend sucht einen Weg, der sie befähigt, die kommenden Jahrzehnte mit in den Griff zu bekommen, Unsicherheit zu überwinden in einer Zeit, die mit soviel Fragezeichen behaftet ist. Gerade der Nürnberger Parteitag der SPD steht im Zeichen der Bemühungen, Staat und Gesellschaft zu modernisieren, damit die Gegebenheiten des letzten Drittels unseres Jahrhunderts gemeistert werden können.

Vielleicht ist zu wenig geschehen, einer fragenden Jugend dies zu verdeutlichen und verständlich zu machen. Es gibt allerdings keine Diskussionen mit Provokateuren und Gegnern der parlamentarischen Demokratie. Sie können keine Weggefährten für die Erreichung gemeinsamer Ziele sein. Für potentielle Diktatoren jedweder Färbung mag der Pöbel - und der ist ja an keinen Stand und auch an kein Alter gebunden - unentbehrlich für die Erringung der Macht und zur Überwindung der Demokratie. Für die Demokraten aber bleibt er ein Außenseiter, für den es auch Grenzen für den Mißbrauch der Freiheit geben muß.

Gemeinsames Ziel - Gemeinsamer Weg

Von Dr. Bruno Pittermann,
Präsident der Sozialistischen Internationale

Namens der Sozialistischen Internationale begrüße ich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als eine der Gründerparteien der Sozialistischen Internationale, als eine der stärksten Mitgliedsparteien, als eine Partei, die in ihrem Staat dank ihrer Stärke und ihrer Beteiligung an der Bundesregierung, einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung der Ziele des internationalen Sozialismus leisten kann.

Zwei Prinzipien waren das Fundament der vor 104 Jahren gegründeten "Internationalen Arbeiterorganisation":

- * der Kampf um den Weltfrieden, beruhend auf internationaler
- * Verständigung und internationalen Vereinbarungen an Stelle
- * des Diktates der Gewalt; und

- * eine internationale Organisation zur Abwehr der in der kapitalistischen Gesellschaft international organisierten Ausbeutung von einzelnen Menschen und von Völkern.

Die Parteien der Sozialistischen Internationale können feststellen, daß sie ein beträchtliches Stück des Weges zu diesen Zielen, vor allem in den entwickelten Industrieländern, zurücklegen konnten: Internationale Organisationen zur Sicherung des Weltfriedens und zum besseren Schutz der Menschen gegen Hunger und Krankheit, wie sie zuerst die deswegen als "vaterlandslose Gesellen" verrufenen Sozialisten gefordert hatten, sind heute unentbehrliche Hilfsmittel für eine friedliche Entwicklung der Welt geworden; und das einstige Proletariat in den entwickelten Industrieländern hat heute als selbstbewußte, wohlorganisierte Arbeiterbewegung schon weit mehr zu verlieren, als nur Ketten. Hierbei sollten die sozialistischen Parteien in den entwickelten Industrie- und Wohlfahrtsstaaten nie übersehen, daß ihre Gesinnungsfreunde in den Entwicklungsländern vielfach noch auf der sozialen Stufe des Proletariats leben, wie es in Europa in der ersten und in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts noch das allgemeine Schicksal der Arbeiterschaft gewesen war. Die sozialistische Arbeiterbewegung hat noch immer die Welt zu gewinnen, deren Ordnungsgrundsätze der Friede, die friedliche Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und die soziale Gerechtigkeit sein sollen.

Die Sozialistische Internationale, als eine auf freiwilliger Mitgliedschaft von Parteien des demokratischen Sozialismus beruhende Organisation, muß es daher als ihre wichtigste Aufgabe ansehen, den einzelnen Sozialisten wie ihren Parteien zu helfen, dem gemeinsam erstrebten Ziel näherzukommen. Die Sozialisten haben dabei das veränderte Verhalten ihrer Gegner sorgsam zu beachten. Der Kommunismus in seiner vielfältigen Prägung in den Ländern, in denen er zur Herrschaft gelangt ist, erhebt nach wie vor den Anspruch auf die Alleinvertretung der Arbeiterschaft in den einzelnen Ländern und lehnt den freien Wettbewerb verschiedener Parteien in den Formen der parlamentarischen Demokratie

entschieden ab. Er verwendet aber zur Irreführung, um in den Staaten einer entwickelten Demokratie Anhänger zu gewinnen, für seine monopolistische Gesellschaftsordnung die Bezeichnung "Sozialismus". Auf der anderen Seite bemühen sich konservative und liberale Gruppen durch Teile ihres Programmes den arbeitenden Menschen einzureden, daß sie das selbe wollen und erreichen können wie der Sozialismus, ohne daß die Ablösung der herrschenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch die sozialistische notwendig wäre.

Diese Täuschungsmanöver sind in manchen Staaten nicht ohne Wirkung auf die arbeitenden Menschen geblieben. Sie verführen einerseits zur Annahme, daß die Ziele des Sozialismus auch außerhalb einer demokratischen Staatsordnung erreichbar seien, oder andererseits zum Irrglauben, daß die Erhaltung der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung auch mit den Mitteln der Diktatur besser ist, als die Demokratie. Manche Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale haben durch diesen, mit den raffinierten Methoden der modernen Massenbeeinflussung verbreiteten Irrlehren, Rückschläge erlitten oder gar Spaltungen hinnehmen müssen.

Die Parteien des demokratischen Sozialismus werden die innere Geschlossenheit erhalten oder wieder zu ihr finden können, wenn sie in ihrer Reihen den verschiedenen Ansichten über den besten Weg zur Erreichung der Ziele des demokratischen Sozialismus volle Diskussionsfreiheit geben. Wir alle haben zu lernen, daß dafür Platz sein soll, in den Parteien des demokratischen Sozialismus wie in der "Sozialistischen Internationale"; für die friedliche Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Gesichtspunkten, Strömungen oder Konzepten.

- * Wir müssen erkennen lernen, daß in der Teilung von Arbeiterpartei ein Sieg nur ihren Gegnern winkt, innerhalb und außerhalb ihres Landes, niemals aber einen Teil der einst einheitlichen Bewegung. Jede Spaltung erschwert die Erreichung
- * des gemeinsamen sozialistischen Zieles; die Sicherung des Weltfriedens, die friedliche Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit, die auf der Gleichberechtigung aller Menschen
- * beruht, und die soziale Gerechtigkeit in einer demokratischen Gesellschaft.

Es erfüllt mich mit persönlicher Genugtuung, daß während der Zeit meines Vorsitzes in der Sozialistischen Internationale drei Spaltungen sozialdemokratischer Parteien überwunden werden konnten, in Finnland, in Italien und in Israel. Das soll ermutigen, auch noch bestehende Spaltungen oder Abspaltungen wieder zu einer gemeinsamen Arbeiterpartei des demokratischen Sozialismus zu vereinen. Noch mehr aber soll es unsere gemeinsamen Anstrengungen verstärken, Abspaltungen und Spaltungen zu vermeiden. Üben wir als Sozialisten wechselseitig die Anerkennung verschiedener Meinungen in unserer gemeinsamen Organisation, üben wir aber auch als Angehörige einer Minderheit den demokratischen Respekt gegenüber einer demokratischen Entscheidung der Mehrheit.

Gemeinsam ist das Ziel, das wir uns gestellt haben, gemeinsam sollen wir den Weg zu diesem Ziel zurücklegen, damit wir es rascher erreichen können.

Handeln, bevor die Dämme brechen!

Die Aufgaben der reichen Industrienationen

Von Hans-Jürgen Wischniewski,

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die letzten 32 Jahre bis zum Jahr 2000 werden wahrscheinlich zu den entscheidendsten in der Geschichte des menschlichen Lebens zählen. In diesen nächsten 32 Jahren wird sich die Menschheit verdoppeln, von den heute etwas über drei Milliarden Menschen auf mehr als sechs Milliarden. Die überwältigende Mehrheit wird in Afrika, Asien und Lateinamerika leben. Einem Weißer werden fünf Farbige gegenüberstehen. So wie die Erde heute aussieht, ist die Menschheit schon jetzt nicht mehr in der Lage, jedem ausreichend Nahrung zu bieten. Jährlich sterben 25 Millionen Menschen den Hungertod. Eine Welt, die sich anschickt, den Menschen die neue Dimension des Weltraums zu erschließen, ist andererseits nicht in der Lage, das einfachste, aber wichtigste Problem hier, auf unserer Erde zu lösen: jedem Menschen soviel zum Essen zu geben, daß er satt werden kann.

Wenn die Millionerheere der Armen...

Das Problem Hunger, das heute noch lokal begrenzt ist, wird spätestens Mitte der Siebziger Jahre durch den Bevölkerungsdruck wie eine Sturmflut alle Dämme niederreißen. Die Katastrophen, die unerbittlich auf uns zurollen, zeichnen sich bereits am Horizont ab. Tagtäglich erleben wir die Ohnmacht einer Macht, die trotz ihres einmaligen technischen und militärischen Potentials kaum in der Lage ist, mit ihren Problemen in Asien fertig zu werden. Wie ohnmächtig und hilflos wird man erst sein, wenn statt eines einzelnen Brandes, derer viele und an vielen Orten gleichzeitig auf-flammen werden? Wie schutzlos werden die wenigen Reichen sein, wenn die Millionerheere der Armen erst einmal in Bewegung geraten sind?

Wie untauglich Waffen für die Lösung dieses größten aller Probleme geworden sind, sollten wir gelernt haben. Ein Panzer kostet soviel wie 100 Traktoren, aber ein Traktor ist für den Frieden wichtiger als 100 Panzer.

Noch eine kleine Chance

32 Jahre vor der Jahrhundertwende haben wir noch eine kleine Chance, die drohende Katastrophe abzuwenden. Allererster Schritt dazu wäre, daß Ost und West aufhören, die Dritte Welt als Feld ideologischer Auseinandersetzungen zu mißbrauchen. Jedes Projekt, das auf diese Weise entstand, ist eine vertane Chance. Diese Bundesregierung hat daraus die Konsequenzen gezogen und dem Osten ergeboten, mit ihr bei der Entwicklung der Dritten Welt zusammen-zuarbeiten.

Rüstungsaufwendungen radikal einschränken!

Zweitens müßten die Rüstungsaufwendungen in aller Welt radikal eingeschränkt und die freigewordenen Kräfte auf die friedliche Entwicklung in Afrika, Asien und Lateinamerika konzentriert werden. Dies kann natürlich der Westen nicht allein tun, sondern es muß auf beiden Seiten Zug um Zug geschehen. Wenn Ost und West sich heute nicht zu einem solchen freiwilligen Arrangement bereit finden, werden uns morgen die Ereignisse dazu zwingen. Die Frage ist nur, ob es dann nicht zu spät sein wird.

Auf der anderen Seite muß jedes Entwicklungsland begreifen, daß es eine große Verantwortung gegenüber der gesamten Menschheit trägt. Wenn es zögert, seine soziale und wirtschaftliche Entwicklung mit aller Kraft in Gang zu bringen, wird es zur Gefahr auch für andere. Hohe Rüstungsausgaben sind also auch in diesen Ländern nicht zu verantworten. Dabei muß allerdings an das Verantwortungsbewußtsein der großen Militärmächte appelliert werden, damit sie endlich aufhören, ihre ausrangierten Waffen den Entwicklungsländern gegen harte Währung zu verkaufen. Dieser Handel ist Kapitalismus in einer seiner übelsten Formen. Die Bundesrepublik sollte auf Geschäfte dieser Art verzichten.

Wer für eine weltweite Abrüstung eintritt, gerät leicht in die Schusslinie der Rüstungslobby. Schilt man ihn nur einen Pazifisten, hat er Glück gehabt. Wer gar zu behaupten wagt, Traktoren seien für den Frieden wichtiger als Panzer, riskiert es, als weltfremder Utopist abgestempelt zu werden.

Entwicklungshilfe ist Friedenspolitik

Wer aber so argumentiert, - "realistisch", wie er glaubt, - argumentiert beispielsweise gegen eine Institution, der man seit fast 2000 Jahren politischen Realismus bestimmt nicht absprechen kann. Das Oberhaupt der katholischen Kirche, Papst Paul VI., hat in seiner großen Enzyklika *Populorum Progressio* diese Probleme im Kern nicht weniger deutlich angesprochen. Und auch die deutsche Evangelische Kirche hat beispielsweise auf ihrem Kirchentag in Hannover mit allem Nachdruck auf den Rang der Entwicklungshilfe als Friedenspolitik hingewiesen.

In einem allerdings erwartet die Welt von den Kirchen mit Ungeduld ein befreiendes Wort: Zur Geburtenkontrolle! Solange man hier nicht ernsthaft beginnen kann, muß der wirtschaftliche und soziale Fortschritt den Wettlauf gegen die Bevölkerungsexplosion verlieren.

Wirtschaft kann auch ohne Rüstungswettlauf blühen

Das Argument, der Rüstungswettlauf ermögliche der Wirtschaft erst die große Konjunktur, ist falsch. Es ist nicht einzusehen, warum die Industrie nicht Traktoren statt Panzern und statt Strahlenjäger Turbinen für die Elektrizitätserzeugung bauen sollte. Kein einziger Arbeitsplatz geriete in Gefahr. Ganz im Gegenteil. Gigantische Möglichkeiten würden sich unserer Industrie eröffnen. Die großen Absatzmärkte der Zukunft liegen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Wenn wir unseren Rang als große Industrienation behaupten wollen, müssen wir in diese Märkte investieren. Das setzt natürlich voraus, daß in diesen Gebieten eine möglichst störungsfreie soziale und wirtschaftliche Entwicklung vorstatten geht. Entwicklungspolitik ist also nicht nur Friedens- und Sicherheitspolitik; - nach innen hat sie auch den Charakter von Wirtschafts- und Beschäftigungs- und damit auch Sozialpolitik.

Handeln, bevor die Dämme brechen!

Die Zwischenergebnisse der bisherigen Entwicklungshilfe schon zum Teil deshalb so mager aus, weil wir alle, Ost und West, viel zu wenig getan haben. Der Tropfen kann eben den heißen Stein nicht abkühlen, dazu braucht man schon einen vollen Eimer. Wir wissen aber, daß die technischen, personellen und wirtschaftlichen Reserven der Industriestaaten nicht unerschöpflich sind. Wenn man auf der einen Seite mehr tun will, muß man es an anderer wegnehmen. Unsere Sozialpolitik, die zukunftsichtige Förderung der Wissenschaft und unser allgemeines Bildungswesen, die Raumordnung samt dem Verkehr sowie die Volksgesundheit, dürfen unter keinen Umständen vernachlässigt werden. Zugunsten dieser Aufgaben und der Entwicklungshilfe muß die Rüstung eingeschränkt werden. Das gilt nicht nur für die Bundesrepublik, das gilt für die USA und für die Sowjetunion. Ohne entscheidende Einschränkung der Rüstungslasten kann die Gesellschaft von heute mit den Problemen von heute und morgen nicht fertig werden.

Wir sollten rasch beginnen, uns mit diesem Gedanken vertraut zu machen und den Dialog mit dem Osten in die Richtung Frage zu suchen. Es gibt Anzeichen, daß wir nicht ohne Antwort bleiben werden. Die Zeit drängt. Entscheidungen, die wir heute noch aus freien Stücken treffen können, sind uns morgen wahrscheinlich schon aus der Hand genommen. Wir müssen handeln, bevor die Dämme brechen.

FEHLANZEIGE

JAHRGANG

23

ZEITUNGSNUMMER

53

DATUM

18. 03. 1968

Seite 8 fehlt ✓

